

Gesetzesmarathon

Niemand in der Großen Koalition hält den Einzelhandel so auf Trab wie **Andrea Nahles** (SPD), Bundesministerin für Arbeit und Soziales. Eine Zwischenbilanz nach dem ersten vollen Regierungsjahr.

TEXT: Christoph Berdi

► **So viel Lob war nie.** „Mutige Ministerin mit Praxisbezug“, befand der Handelsverband Deutschland (HDE), nachdem Andrea Nahles (SPD), Bundesministerin für Arbeit und Soziales, öffentlich das Ideal der Vollzeitarbeit infrage gestellt hatte. Es sei über Jahre „die Zielvorstellung, ja geradezu die Idealisierung der SPD gewesen“, dass in einer Beziehung beide Partner Vollzeit arbeiteten, erklärte die Ministerin im Gespräch mit der Wochenzeitung „Die Zeit“. Dies sei für viele Paare „schlicht eine Überforderung“, und sie könne darüber „nur lachen“. Die Menschen, auch die mit niedrigem Einkommen, müssten die Möglichkeit erhalten, in bestimmten Phasen ihres Lebens weniger zu arbeiten, in anderen dagegen mehr.

Mindestlohn und Rentenpaket

„Da hat sie mal recht“, kommentiert Heribert Jöris, Geschäftsführer Arbeit und Soziales des HDE. „Wir müssen davon wegkommen, dass flexible Arbeitsverhältnisse als atypisch oder sogar prekär wahrgenommen werden.“ Damit endet sein Beifall für die Politik der Sozialdemokratin aber auch. Denn seit Nahles ihr Ministeramt mit dem Start der Großen Koalition aus CDU und SPD im November 2013 aufgenommen hat, setzt sie die Wahlversprechen von Union und SPD um und bringt ein Gesetz nach dem anderen auf den Weg. Bislang sind es deren acht, von denen Jöris drei als besonders kritikwürdig bezeichnet: Vor allem mit dem Gesetz zum Mindestlohn, das Anfang des Jahres in Kraft getreten ist, hat Andrea Nahles den Unmut des Einzelhandels auf sich gezogen, aber auch mit den konkreten Ausgestaltungen der Rente mit 63 und der Mütterrente.

„Sicher ist, dass der Mindestlohn vor allem Unternehmer in strukturschwachen Regionen überfordert“, beurteilt HDE-Präsident

„Die Rente mit 63 entzieht dem Einzelhandel erfahrene Kräfte, die unter anderem in der Ausbildung gebraucht würden.“

Heribert Jöris,
Geschäftsführer Arbeit
und Soziales des HDE

Josef Sanktjohanser im Interview (Seite 8) die neuen Gesetze. „Bei der Rente wurde einfach kurz gedacht. Da profitieren jetzt einige wenige kurzfristig, dafür zahlen dann andere Generationen höhere Beiträge.“ Insgesamt schwäche die Politik die Unternehmen doppelt: über steigende, direkte Belastungen und über kaufkraftsenkende Maßnahmen.

Die Rente mit 63, einer der Kernbestandteile des schwarz-roten Rentenpakets, ist eigentlich immens erfolgreich. Statt der bis zu 150 000 prognostizierten Anträge gingen laut Deutscher Rentenversicherung 2014 bereits über 200 000 Anträge dazu ein. Doch der „Renten-Run“, wie das Nachrichtenmagazin „Focus“ titelte, hat seine Schattenseiten: Die Kosten liegen schon zum Start deutlich über der Planung. Für 2014 lagen sie bei 1,4 Milliarden Euro statt bei den zunächst veranschlagten 900 Millionen Euro. Und in den Unternehmen tut sich ein unerwartetes Loch in der Personalplanung auf: „Die Rente mit 63 entzieht dem Einzelhandel erfahrene Kräfte, die unter anderem in der Ausbildung gebraucht würden“, befürchtet Heribert Jöris. Er bemängelt, dass die Rente mit 63 nicht auf jene Berufe zugeschnitten wurde, für die aus gesundheitlichen Gründen ein früher Ausstieg aus dem Erwerbsleben wichtig wäre. Die Gewerkschaften halten dagegen, dass kaum ein Drittel der Arbeitnehmer die für die Rente mit 63 erforderlichen 45 Beitragsjahre in der Rentenversicherung schaffe und der personelle Aderlass so groß nicht sein könne.

Bei der Mütterrente – eine Idee der CSU – sind sich Arbeitgeber und Gewerkschaften hingegen insofern einig, dass sie einen Konstruktionsfehler aufweist: Die dafür benötigten 6,7 Milliarden Euro pro Jahr werden aus der Rentenkasse finanziert und nicht – im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe – aus Steuermitteln. Letzteres stand offenbar der

Absicht von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) im Weg, einen Bundeshaushalt mit „schwarzer Null“ vorzulegen. Aus seiner Sicht war es eine weise Entscheidung, denn die Kosten des Rentenpakets könnten viel höher ausfallen als ohnehin gedacht. „Bei der Rente mit 63 und der Mütterrente sind es hochgerechnet bis zum Jahr 2030 rund 200 Milliarden Euro Mehrausgaben in der Sozialversicherung“, sagte Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Die Bundesregierung war zunächst von 160 Milliarden Euro bis 2030 ausgegangen.

Dass Andrea Nahles ihre Vorhaben trotz solcher Widersprüche aus der Wirtschaft bislang vergleichsweise reibungslos durchsetzen kann, erklärt sich einerseits durch die komfortable absolute Mehrheit der Großen Koalition im Parlament. Andererseits befindet sich der Arbeitsmarkt allen Herausforderungen zum Trotz in einem robust-guten Zustand. Weder die Krim- und Ukraine Krise, die Krisen im Nahen Osten noch die Misere im Euroverbund zeigen bislang negative Auswirkungen. Im Gegenteil, das Bundesinstitut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung er-

wartet für 2015 weitere, leichte Verbesserungen am Arbeitsmarkt. Die Sozialkassen sind gut gefüllt, die Kosten der Arbeitslosigkeit rückläufig. Aus dieser Poleposition arbeitet die Ministerin Punkt für Punkt und mit immenser Geschwindigkeit ab, was CDU und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

Als Nächstes steht dem Handel wohl die Neuregelung der Werkverträge ins Haus – was Heribert Jöris nicht nachvollziehen kann. „Da besteht überhaupt kein Regelungsbedarf“, und da wisse er sich einig mit dem Zoll und der Rentenversicherung. Die gültigen Gesetze ▶



Andrea Nahles (SPD) wurde mit Dienstantritt der aktuellen Großen Koalition unter Angela Merkel im Dezember 2013 Bundesministerin für Arbeit und Soziales. Sie trat die Nachfolge von Ursula von der Leyen (CDU) an.

seien vollkommen ausreichend, um illegale Werkverträge zu ahnden. So werden Werkverträge mitunter genutzt, um Löhne zu drücken und Sozialversicherungsabgaben zu sparen. Wie praxisnah jedoch die derzeit gültigen Regelungen anzuwenden sind, erfuhren im vergangenen

Jahr die beiden Einzelhandelsketten Kaufland und Netto, die sich mit den Staatsanwaltschaften Stuttgart beziehungsweise Regensburg darauf einigten, wegen illegaler Werkverträge für Lagerarbeiter jeweils einstellige Millionenbeträge an die Staatskasse zu zahlen.



Josef Sanktjohanser,
Präsident des HDE



„Unternehmer brauchen Freiräume“

Josef Sanktjohanser, Präsident des HDE, über die Politik von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD)

Wie beurteilen Sie die Auswirkungen von Andrea Nahles' Politik auf die Kaufkraft der Konsumenten und die Kosten der Unternehmen?

Das wird die Zukunft zeigen. Zum Mindestlohn beispielsweise gibt es keine verlässlichen Prognosen. Das ist ein riskanter Eingriff in den Arbeitsmarkt ohne Netz und doppelten Boden. Sicher ist, dass der Mindestlohn vor allem Unternehmer in strukturschwachen Regionen überfordert. Bei der Rente wurde einfach zu kurz gedacht. Da profitieren jetzt einige wenige kurzfristig, dafür zahlen dann andere Generationen höhere Beiträge. Insgesamt schwächt die Politik die Unternehmen doppelt: über steigende direkte Belastungen und über kaufkraftsenkende Maßnahmen.

Welche Politik wünschen Sie sich für den weiteren Verlauf der Legislaturperiode?

Wachstumsfreundliche Politik muss wieder im Mittelpunkt stehen. Die Politik darf unsere Wirtschaftskraft nicht kaputtregulieren. Unternehmer brauchen Freiräume für intelligente

und mutige Entscheidungen. Und auch den Verbrauchern sollte die Politik wieder mehr zutrauen. Leitbild muss der mündige Verbraucher sein.

Sie fordern ein Regulierungsmoratorium. Warum gehen Sie so weit?

Der Einzelhandel steckt in einem Strukturwandel. Auslöser ist vor allem die Digitalisierung. Die Unternehmen brauchen jetzt unternehmerische Freiheiten, um darauf reagieren zu können. Da geht es vor allem um Investitionen in neue Geschäftsmodelle und die Digitalisierung des eigenen Betriebes. Wenn gleichzeitig immer mehr und strenger reguliert wird – mit in der Regel höheren Belastungen – dann können die Unternehmen nicht schnell und entschieden genug auf die neuen Herausforderungen reagieren.

Wie offen ist Andrea Nahles für die Belange des Handels?

Wir haben ein gutes Verhältnis zur Ministerin, wir treffen uns regelmäßig. Frau Nahles stellt sich der Diskussion mit uns, zuletzt ja auch öffentlich auf dem Deutschen Handelskongress.

Derweil sehen sich die Personalmanager mit der Umsetzung und den Auswirkungen des Gesetzes zum Mindestlohn von 8,50 Euro konfrontiert (mehr dazu auf Seite 40). Jöris hält es dabei mit dem ehemaligen niederländischen Fußballnationalspieler Ronald Koeman, zu dessen Bonmots dieser Spruch über die deutsche Elf und deren Moral gehört: „Das Spiel ist erst zu Ende, wenn man im Bus sitzt.“

Gegenwind beim Mindestlohn

Nicht nur, dass sich die konkrete Anwendung des Mindestlohns wohl erst vor den Arbeitsgerichten herausbilden wird. Der stete Tropfen des Protests von Lobbyisten der Wirtschaft gegen den hohen bürokratischen und administrativen Aufwand in den Unternehmen scheint tatsächlich den Stein zu höhlen: Kaum drei Wochen, nachdem das Gesetz mit Jahresbeginn in Kraft getreten war, signalisierte Bundeskanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel Einsehen. Vor Parteifreunden in ihrem Wahlkreis Greifswald kündigte sie an, dass Änderungen beim Mindestlohn noch möglich seien. „Wir schauen uns das jetzt drei Monate an – und dann überlegen wir, wo wir gegebenenfalls Bürokratie wegnehmen müssen.“

„Wir schauen uns das jetzt drei Monate an – und dann überlegen wir, wo wir gegebenenfalls Bürokratie wegnehmen müssen.“

Angela Merkel, Bundeskanzlerin

Während die Sozialdemokraten gar keine Veranlassung sehen, am Mindestlohngesetz schon wieder herumzuschrauben, formulieren der Wirtschaftsflügel der Union und die CSU nun deutlich Nachbesserungsbedarf. Das Thema Mindestlohn sorgt für vernehmliches Knirschen in der Großen Koalition. „Wir müssen das Mindestlohngesetz entschlacken“, sagte Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer der „Welt am Sonntag“. Er sei zwar ein Anhänger des Mindestlohns, „aber was da im Gesetz als Begleitwerk gebracht wurde, ist kolossal“. Der Ton wird rauer als im recht geräuschlosen Regierungsjahr 2014, und für die erfolgsverwöhnte Andrea Nahles wird es ungemütlicher. ●